

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag formuliert dazu:

ZEHN PUNKTE FÜR EINEN AUSWEG AUS DER POLITISCH VERURSACHTEN ENERGIEKRISE

- ✓ Die CO₂-Abgabe und die Energiesteuern sind abzuschaffen; die Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Kraftstoffe ist dauerhaft auf sieben Prozent abzusenken.
- ✓ Die preistreibende »Merit-Order-Regelung«, die den Strompreis an den hohen Gaspreis koppelt, ist auszusetzen.
- ✓ Die Pendlerpauschale ist ab dem ersten Kilometer zu erhöhen. Von Bund und Land zugesagte finanzielle Zuschüsse für Privathaushalte und Unternehmen müssen zeitnah ausgezahlt bzw. umgesetzt werden.
- ✓ Die kommunalen Energieversorgungsunternehmen brauchen einen Schutzschirm und politische Zusagen über die Versorgungssicherheit.
- ✓ Energiepreistreiber wie die Heizkostenverordnung oder ineffektive Einsparverpflichtungen sind abzuschaffen.
- ✓ Die »Nord Stream«- Pipelines, die durch einen Sabotageakt beschädigt wurden, müssen umgehend repariert werden. Wir können auf Gaslieferungen aus Russland nicht verzichten. Von deutscher Seite müssen entsprechende Übereinkommen angebahnt werden.
- ✓ Die Russland-Sanktionen, die unserer eigenen Wirtschaft schaden, müssen beendet werden.
- ✓ Kernenergie ist eine zuverlässige, umweltfreundliche und sichere Energiequelle. Deutsche Kernkraftwerke müssen weiterbetrieben werden; neue, den fortgeschrittensten technischen Standards entsprechende Kernkraftwerke sind zu projektieren.



Die Energiekrise ist keine Naturkatastrophe, sondern Regierungsversagen!

Setzt sich für Sie im Landtag ein:
Nadine Hoffmann, Sprecherin für Umwelt und Energie, Naturschutz und Tierschutz

- ✓ Wir brauchen eine technologie-offene Forschung für eine sichere, sozial- und umweltverträgliche Energieversorgung.
- ✓ Die »Energiewende« muss gestoppt, die mit ihr verfolgte, quasi-planwirtschaftliche »Energietransformation« sofort beendet werden. Wir brauchen eine Energiepolitik des ausgewogenen Energiemixes statt einer einseitig auf wetterabhängige, hochsubventionierte Energieerzeugung fixierten Politik. Nur im Rahmen eines vielfältigen Energiemixes sind eine sichere und kostengünstige Energieversorgung sowie die zukunftsorientierte Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Thüringen möglich.

Lesen Sie mehr zu unseren Konzepten und Anträgen zur Energiesicherheit auf unserer Seite:

afd-thl.de/politik/politikfelder/energie



AfD | FRAKTION THÜRINGEN

Web: www.afd-thl.de
Facebook: www.facebook.com/afd.thl
E-Mail: info@afd-thl.de

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteiwerbung eingesetzt werden.

 **FÜR EINE STABILE
VERSORGUNGSSICHERHEIT**

ENERGIE- WENDE

DEN IRRWEG BEENDEN!

AfD | FRAKTION THÜRINGEN

DIE ENERGIEKRISE ÜBERWINDEN

ENERGIEPOLITISCHE POSITIONEN DER AfD-FRAKTION THÜRINGEN

Deutschland erlebt seit einigen Monaten die schwerste Energieversorgungs- und Energiepreiskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Preise für Strom, Gas und Kraftstoffe sind innerhalb kürzester Zeit in schwindelerregender Weise angestiegen. Zahllose Bürger und Unternehmen können die damit verbundenen hohen Kosten nicht mehr bewältigen. So bedeuten die Energiepreissteigerungen ein Armutrisiko für breite Bevölkerungsschichten. Auch die mittelständisch geprägte Thüringer Wirtschaft steht angesichts der aktuellen Energiepreise vor dem Abgrund. Betroffen sind nicht nur besonders energieintensive Unternehmen, sondern alle Branchen sowohl im produzierenden Gewerbe als auch im Dienstleistungsbereich oder in der Landwirtschaft. Eine ganze Reihe von Betrieben musste bereits aufgeben und Insolvenz anmelden – was nicht zuletzt einen Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich zieht.

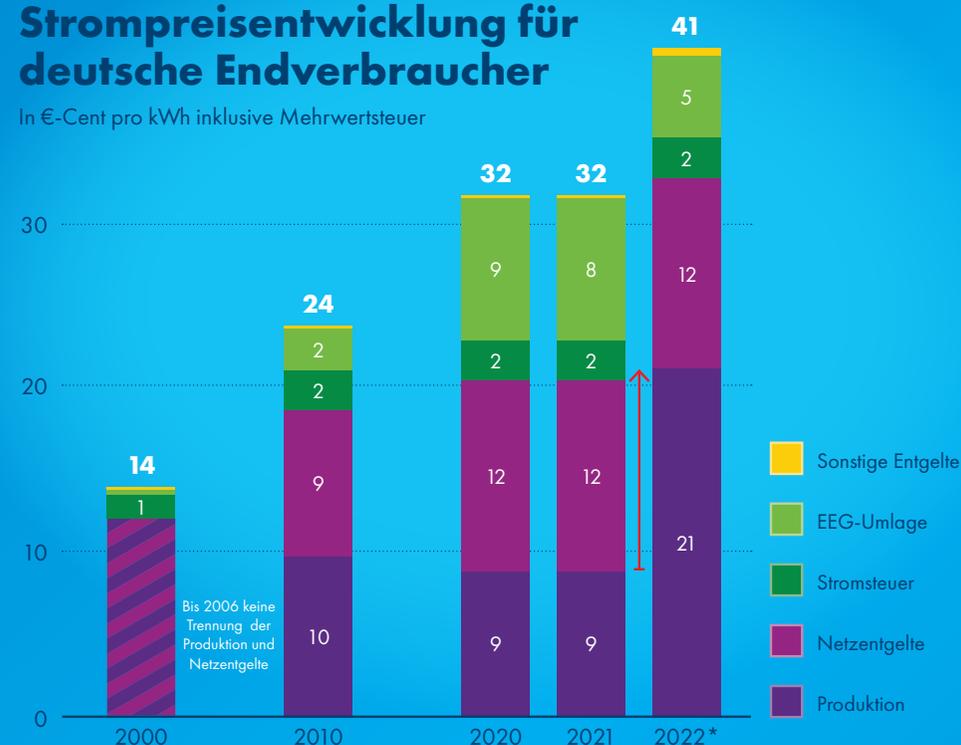
Diese Krise hat zwei Ursachen: die »Energiewende« und die Sanktionspolitik der EU und Deutschlands gegenüber Russland. Die »Energiewende« treibt seit langem die

Preise für Energie in die Höhe: Zusätzlich zur Mehrwertsteuer erhobene Öko-Abgaben sind politisch gewollte Teuerungsfaktoren. Dazu gehören etwa die seit 2021 zu zahlende CO₂-Steuer oder mit angeblichem »Klimaschutz« begründete Preisaufschläge in Form der Energiesteuern. Politisch verursachte Preistreiber bei Strom sind namentlich die Stromsteuer und die Netzentgelte. Die im Jahr 2000 zur Subventionierung »erneuerbarer Energiequellen« eingeführte »EEG-Umlage« wurde zwar zum 1. Juli 2022 auf null abgesenkt (und wird nun vom Steuerzahler getragen), auf die aktuelle Strompreisentwicklung hat dies aber allenfalls unwesentliche Auswirkungen: Die Preise steigen weiter.



Strompreisentwicklung für deutsche Endverbraucher

In €-Cent pro kWh inklusive Mehrwertsteuer



Quelle: BDEW (2022), Verivox (2021)

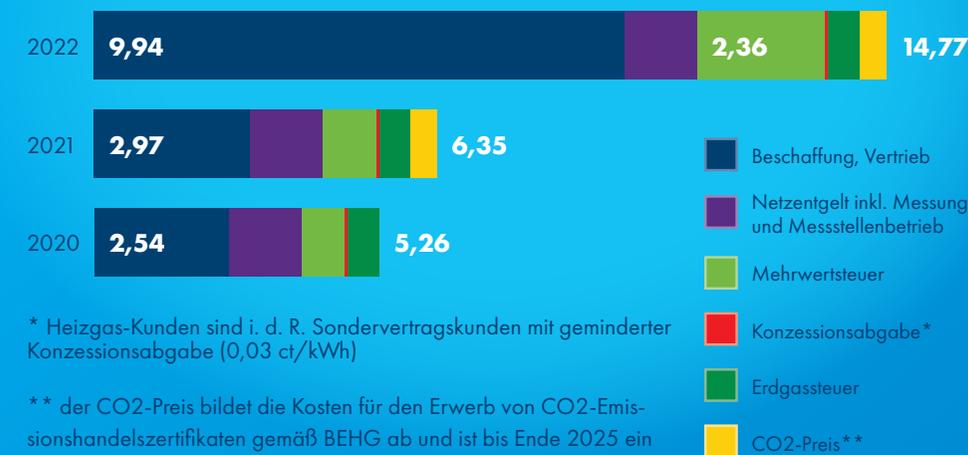
* Strompreise im April 2022 laut Verivox

Die **Russland-Sanktionen** schaden in erster Linie nicht Russland, sondern der deutschen Wirtschaft. Keineswegs ist der Ukraine-Krieg die Ursache für die Reduktion der Gaslieferungen aus Russland. Vielmehr setzten die Maßnahmen der westlichen Staaten eine Sanktionsspirale in Gang, die zu erheblichen Versorgungsengpässen geführt hat. Die Bundesregierung hat schon vor Beginn des Krieges in der Ukraine – auch auf Betreiben der USA und der EU – die

Inbetriebnahme der »Nord Stream 2«-Pipeline blockiert. Tatsächlich hat der heutige grüne Bundeswirtschaftsminister schon 2016 wörtlich angekündigt, er werde nach der grünen Regierungsübernahme dem Kremlchef Putin sagen, dass »wir Nord Stream nicht bauen und die Handelsbeziehungen des Gastransfers zu Russland abbauen [werden], weil wir ein Energiewendeland sind«. Mit anderen Worten: Der heute mit den Sanktionen

Erdgaspreisentwicklung für deutsche Haushalte

Durchschnittlicher Erdgaspreis für einen Haushalt in €-Cent pro kWh inklusive Mehrwertsteuer, Mehrfamilienhaus (MFH, 6 Parteien), Erdgas-Zentralheizung mit Warmwasserbereitung, jeweils aktuelle Sondervertragskundertarife* im Markt, Jahresverbrauch 80.000 kWh, Grundpreis anteilig enthalten, nicht mengengewichtet



* Heizgas-Kunden sind i. d. R. Sondervertragskunden mit geminderter Konzessionsabgabe (0,03 ct/kWh)

Quelle: BDEW (2022)

bewirkte Erdgasmangel ist genau das, was politisch gewollt ist. Die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung befürwortet und stützt die Politik der »Energiewende« ebenso wie die Sanktionen gegen Russland. Der Thüringer Ministerpräsident hat in einem Interview zu Protokoll gegeben, dass er die Sanktionen befürworte, auch wenn das beispielsweise 7.000 Arbeitsplätze in der Thüringer Glasindustrie koste. Ansonsten redet er der

»Transformation« der Energiewirtschaft das Wort. Aber die Realisierbarkeit ebenso wie die Finanzierbarkeit solcher im Übrigen nur vage skizzierten Projekte, etwa im Bereich der Stromspeichertechnologien, stehen völlig in den Sternen. Statt orientierungsloser Sympompolitik und ideologischer Luftschlösser brauchen Thüringens Bürger und Thüringens Wirtschaft eine vernünftige und realistische Energiepolitik.